

Aktien verändern Ihr Leben

Seit 1998 hält sich das Schweizer Stimmvolk gewissenhaft an die Parolen der Wirtschaft. Gleichzeitig hat sich auch die Zahl der Aktienbesitzer verdoppelt. Das ist kein Zufall.

Von Thomas Schenk

Früher kam im Kollegenkreis jeweils Schadenfreude auf, wenn Swiss Market Index, Dow Jones oder andere Aktienindizes absackten. Genugtuung machte sich breit, weil man selber keine Aktien besass. Der Kurssturz war deshalb willkommenes Korrektiv jener Gewinne, die einem durch das Abseitsstehen zuvor entgangen waren. Seit nun auch überzeugte Sparbuchinhaber vom Börsenfieber geschüttelt werden - und Diskussionen über die Verfassung von Nestlé, Roche und UBS den Party-Smalltalk abrunden - ist die Freude verstummt. Jetzt schlagen Baissen regelmässig auf die Stimmung.

Bereits jeder Dritte mischt im Gerangel an der Börse mit, sagt eine Studie des Instituts für Schweizerisches Bankenwesen der Universität Zürich. Innert dreier Jahre hat sich der Anteil der Aktiensparer landesweit auf 1,7 Millionen verdoppelt. Nur noch in Australien und Schweden findet das Spiel mit dem schnellen Geld mehr Anhänger. Selbst abgehärtete Banker zeigten sich angesichts der Dimensionen erstaunt. Und erfreut. «Das Bild des Aktienbesitzers als Angehöriger der oberen Zehntausend hat ausgedient», kommentierte Jörg Fischer die Studie hoffnungsvoll, die er als Präsident der Vereinigung Schweizerischer Handels- und Verwaltungsbanken in Auftrag gegeben hatte.

Freuen kann sich der einflussreiche Bankier, weil die neuen Aktionäre mehr Verständnis zeigen für die Anliegen der Wirtschaft. «Arbeitnehmer, die Aktien besitzen, verfolgen vermehrt unternehmerische Interessen», meint Rudolf Volkart, Leiter des Bankeninstituts in Zürich und Mitautor der Untersuchung. Generell erwartet der Ökonom, dass der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital schwindet. Das klingt einleuchtend: Zuerst kommt einem die Schadenfreude über kollabierende Aktienkurse abhanden, dann beginnt man sich als Kleinanleger und Hobbyspekulant um den Wirtschaftsstandort Schweiz zu sorgen. Bis einem dann konkrete politische Forderungen - minimale Unternehmenssteuern etwa oder maximale unternehmerische Freiheiten - wie selbstverständlich über die Lippen gehen.

Während Aktien populärer werden, sind die Stimmbürger auf einen wirtschaftsliberalen Kurs eingeschwenkt. Seit 1998 hat sich das Schweizer Stimmvolk bei 27 von 28 Vorlagen gewissenhaft an die Parolen des Dachverbandes Economiesuisse gehalten; nur einmal erlitten die Wirtschaftslobbyisten eine Niederlage, bei der Sanierung der Invalidenversicherung. Ob beim Pensionsalter oder bei den Energievorlagen: Der Wirtschaft fällt es zusehends leichter, die eigenen Interessen durchzusetzen. Je grösser die Zahl der Aktionäre, so ist zu vermuten, desto liberaler fällt die Wirtschaftspolitik aus.

Untersuchungen zeigen, dass die These mehr als nur plausibel ist. Claude Longchamp vom Meinungsforschungsinstitut GfS hat im Herbst 1999 den Zusammenhang untersucht. Das Fazit seiner unveröffentlichten Studie: Aktienbesitzer sind politisch überdurchschnittlich aktiv, und sie wählen häufiger FDP und SVP (43 beziehungsweise 39 Prozent gegenüber nur 24 Prozent für die SP). «Hier entsteht eine neue liberale Schicht», glaubt der Berner Politexperte. Auch in den USA ist das Phänomen erforscht worden. Aktienbesitzer lehnen Unternehmenssteuern signifikant stärker ab als Personen, die keine Wertpapiere halten, das ergab eine Erhebung des Forschungsinstituts Gallup. Experten vermuten überdies, dass die «investor class», wie die neue Gruppe bereits genannt wird, mit ihrer Zustimmung für George Bush die US-Präsidentenwahlen entscheidend beeinflusst hat.

Der logische Zusammenhang zwischen Aktienbesitz und politischer Einstellung ist offenbar: Wer Aktien besitzt, informiert sich besser; die Identifikation mit dem Unternehmen steigt und damit das Verständnis für unternehmerische Forderungen. «Aktionäre der Credit Suisse interessieren sich stärker für das Bankgeheimnis und setzen sich für die Beibehaltung ein», bringt der Politologe Longchamp das Verhältnis auf den Punkt.

Im Zentrum steht die Identifikation mit der Firma, die über rationale Fragen von Dividende und Kursentwicklung hinausreicht. «Anleger erwarten nicht nur eine abstrakte Rendite, sie fühlen sich mit

dem Unternehmen emotional verbunden», sagt Martin Ebner, der als Chef der BZ-Bank seit Jahren Stimmung für das Aktiensparen macht. «Aktionäre beachten die Lastwagen ihrer Gesellschaft auf der Strasse, beurteilen die Heilmittel ihres Pharmaunternehmens, verfolgen die Auseinandersetzungen um Kompetenz und Kompensation des Verwaltungsrates», umschreibt Ebner die Verschiebung der Wahrnehmung.

«Aktien verändern Ihr Leben»: Mit diesem Slogan und einer beispiellosen Charmeoffensive kämpft Ebner für die Sache der Aktien. Er versammelt bis zu 2500 Zuhörer in den grössten Vortragssälen der Schweiz, verteilt seine Broschüre «Aktiensparen macht unabhängiger» in Millionenaufgabe an Schweizer Haushalte. Für Ebner zahlen sich die Anstrengungen aus - seit 1997 hat er über 26 000 Kleinanleger für seine Aktienkonti gewinnen können; der Wert ihrer Depots hat unlängst die Marke von einer Milliarde Franken überstiegen. Mit dem Sieg des «Volkskapitalismus», wie Aktieneuphoriker Ebner den Wandel nennt, verschiebt sich das Machtgefüge zu Gunsten des Kapitals.

Nirgends zeigt sich die gewonnene Macht von Arbeitgeber und Hochfinanz deutlicher als bei der Kapitalgewinnsteuer. Längst vergessen ist die Zeit, als die Bevölkerung gegen die Steuertricks von Ebner & Co. Sturm lief, als FDP-Nationalrat Claude Frey den BZ-Chef Ebner mit «salaud» beschimpfte und selbst Bundesrat Kaspar Villiger sich zur Bemerkung hinreissen liess, Ebners Verhalten sei verwerflich. Sofort wurde der Ruf nach einer Kapitalgewinnsteuer laut, Gewerkschaften und Sozialdemokraten lancierten ebenso rasch die entsprechende Volksinitiative.

Seither sind drei Jahre vergangen. Das Pendel hat nach der entgegengesetzten Seite umgeschlagen, die Zahl der Verfechter der Kapitalgewinnsteuer bröckelt unaufhaltsam. Ende Oktober 2000 hat der Bundesrat die Initiative ohne Gegenvorschlag abgelehnt; er liess sich nicht von der Tatsache beeindrucken, dass die Steuer in den USA fest verankert ist, wie übrigens in den meisten andern Industriestaaten.

Für SP und Gewerkschaften verheisst der Stimmungswandel nichts Gutes. Der Berner SP-Nationalrat Rudolf Strahm sieht das zwar anders. Die meisten Haushalte, meint Strahm, würden bloss ein, zwei Aktien besitzen. Das sei zu wenig, um die politische Landschaft zu verändern, tut der SP-Vordenker den drohenden Machtverlust seiner Partei ab. Tatsache aber ist, dass vermög Strahms Zweckoptimismus nicht zu verhindern, dass FDP und SVP vom politischen Drift profitieren. Beide Parteien wetteifern seit längerem darum, wer die liberalere Wirtschaftspolitik betreibt. Beide bemühen sich jetzt nach Kräften, die neuen Anleger ins eigene Lager zu ziehen. Es deutet alles darauf hin, dass dies den Wirtschaftsparteien gelingt. Getreu den Vorgaben von FDP und SVP wird die Besteuerung der Kapitalgewinne in zwei Jahren abgelehnt, wenn die Vorlage zur Abstimmung kommt. Bereits vorher und mit bürgerlicher Unterstützung wird die Stempelsteuer zurechtgestutzt, die Steuerbelastung für Unternehmen gesenkt.

Ein Ende der Börsenmanie ist nicht in Sicht, die Propagandamaschine in Sachen Aktien läuft munter weiter. Auf Anlegerseminaren, in Investment Clubs oder in immer neuen Börsenmagazinen wird kruder Liberalismus doziert, werden wirtschaftspolitische Positionen der Linken zersaust. Weniger Staat, mehr unternehmerische Freiheit, heisst die immergleiche Botschaft - das Basisvokabular bürgerlicher Politik. Ein Leitsatz, den die wachsende Gemeinschaft der Aktionäre nachbeten wird.

Thomas Schenk lebt als freier Journalist in Zürich.